

## **A N T R A G**

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak, Olga Petersen Thomas Reich und Marco Schulz (AfD) vom 04.01.2023**

**Betr.: Gewaltexzesse zu Silvester in Hamburg - Einrichtung einer Sonderkommission**

Ein auf einem Auge erblindeter Feuerwehrmann, Böller und Schüsse auf Rettungskräfte und Polizisten, Attacken mit Schreckschusspistolen auf HVV-Busse. In der Silvesternacht 2022 kam es auch in Hamburg zu beispiellosen Gewaltausbrüchen gegen Polizisten, Rettungskräfte und Helfer. Die Exzesse überwiegend migrantischer Täter gegen Vertreter des Staates sind so erschütternd wie empörend.

Alle Parteien und alle Politiker in Hamburg sind sich seit dem 31.12.2022 einig: So etwas darf sich in Hamburg nicht wiederholen. Deshalb müssen die Täter gefunden und bestraft werden. Zu groß ist sonst die Gefahr, dass sich in Hamburg Verhältnisse wie in französischen Vorstädten einschleichen, wo der Staat längst die Kontrolle an ein migrantisches Klientel verloren hat.

Das kompromisslose Ahnden von Angriffen auf Retter und Helfer ist seit jeher ein Anliegen der Hamburger AfD-Fraktion. Bereits im Jahr 2015 hat die AfD-Fraktion als erste Fraktion der Bürgerschaft in einem Antrag (Drucksache 21/331) gefordert, eine Initiative aus Hessen zu unterstützen, wonach Übergriffe auf Rettungskräfte und Polizisten stärker unter Strafe gestellt werden sollen. Dieser AfD-Antrag wurde von allen anderen Fraktionen in der Hamburger Bürgerschaft abgelehnt.

Auch In einer kleinen Anfrage aus dem Jahr 2017 Drucksache 21/6579 hat die AfD-Fraktion den damaligen Senat um Auskunft erbeten, ob die in anderen deutschen Städten präsen- te Gewalt gegen staatliche Vertreter auch in Hamburg registriert wird. Der Senat wiegelte ab: *„Der zuständigen Behörde sind keine derartigen Initiativen oder Beschwerden von Rettungskräften bekannt.“*

In einer weiteren Kleinen Anfrage in Jahr 2017 (Drucksache 21/1187) räumte der Senat bereits ein:

*„Es wurden zwölf Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Feuerwehr bei den 77 Übergriffen verletzt. Hauptsächlich kam es zu Prellungen oder Bisswunden.“*

Im Jahr 2017 hat der Bundestag gegen die Stimmen von Grünen und Linken ein Gesetz beschlossen, das Sicherheits- und Rettungskräfte durch neue Straftatbestände schützt. Das „Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“ droht bei tätlichen Angriffen auf Polizisten, ermittelnde Staatsanwälte, Feldjäger und andere Sicherheitskräfte mit bis zu fünf Jahren Haft.

Aufgabe des Staates ist es nun, die Hamburger Täter aus der Silvesternacht zu identifizieren. Gelungen ist das bei ähnlich gelagerten Gewalttaten rund um den G20-Gipfel mit der damaligen Sonderkommission „Schwarzer Block“. Umfangreiche Videorecherchen in Verbindung mit Zeugenaufrufen konnten immerhin einen Teil der Täter ausfindig machen.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

Der Senat wird aufgefordert,

1. bei der Polizei Hamburg eine Sondereinheit einzurichten, die zum Ziel hat, die Täter der Silvesternacht zu ermitteln. Film – und Fotoaufnahmen sind in derselben Weise auszuwerten, wie dies auch nach den G-20 Ausschreitungen passiert ist.
2. der Bürgerschaft bis zum 30.04.2023 darüber zu berichten.